

27.03.2014

PRESSEMITTEILUNG

Beständige Bildungskonzepte für unsere Kinder – Schülerinnen und Schüler gehören in den Mittelpunkt

Die Entscheidungsbefugnis Bildungspolitik zu gestalten bedeutet, eine sehr hohe Verantwortung zu übernehmen.

Diesem Verantwortungsbewusstsein ist es auch geschuldet, dass man bei anstehenden Entscheidungen über die Frage zu G8/G9 hinaus die Belange aller Schülerinnen und Schüler im Lande in den Blick nimmt. „Bei der Befassung mit dem Thema Schulzeitdauer am Gymnasium hat es in den letzten Monaten oft genug an der sachlichen Auseinandersetzung gefehlt. Dies wurde und wird dem Thema nicht gerecht, der Landeselternrat wünscht sich hier ein unaufgeregtes Miteinander und wird sich weiterhin für eine sachliche Diskussion einsetzen“, erklärt die Vorsitzende Sabine Hohagen.

Der Landeselternrat Niedersachsen erwartet nach der politischen Entscheidung, an den Gymnasien zum Abitur nach 13 Jahren zurückzukehren, dass ein modernes Gymnasium entsteht, das dabei auch den Anforderungen individueller Bildungswege gerecht wird. Dazu gehört, vielfältige Möglichkeiten zur Etablierung einer individuellen Lernzeit zu entwickeln, dies etwa durch die Schaffung von modularen systemischen Regelungen in der Oberstufe.

Es gibt bereits interessante Ideen dazu, zum Beispiel von einigen Gymnasien in Baden-Württemberg, die zurzeit aufgrund von noch engen Vorgaben insbesondere auf KMK-Ebene nicht in den Blick genommen werden. „Wenn man aber zukunftsfähige Bildung in den Fokus nimmt, sollte man auch Visionen und fortschrittliche Überlegungen zulassen, die Aussage: ‘das haben wir aber immer schon so gemacht’ bringt uns nicht weiter auf dem Weg zu einer echten Qualitätsdebatte in der Bildung.“

Das Initiieren derartiger Module würde es aus Sicht des Landeselternrates Niedersachsen ermöglichen, dass das System Schule echte systemische Wege für individuelle Lernzeiten bereithält, gerechter wird und folglich den Befähigungen aller Schülerinnen und Schüler entsprechen kann.

Der Landeselternrat Niedersachsen begrüßt, dass keine vorschnellen Umsetzungen erfolgen, sondern die Auswirkungen der Entscheidung angemessen und sachlich bedacht und mit Sorgfalt die zu verändernden gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen überarbeitet werden. Dieser Sorgfalt geschuldet sollte eine Umsetzung nicht vor dem 01.08.2015 erfolgen.

„Der Landeselternrat erwartet nachhaltige und beständige Konzeptionen, die zu einem echten Fortschritt im System führen müssen. Die der politischen Entscheidung folgenden Vorschläge etwa zur Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe werden aber mit Sicherheit noch spannende Debatten nach sich ziehen, so der Wegfall von Klausuren, die Frage der Ausgestaltung des 11. Jahrgangs, aber auch die Rolle und Wirksamkeit von Schullaufbahneempfehlungen und Sitzenbleiben. Aber ob bei diesem oder anderen bildungspolitischen Themen, die Schülerinnen und Schüler gehören in den Mittelpunkt!“ so Hohagen abschließend.

Für Rückfragen steht Frau Hohagen gern zur Verfügung, Tel.: 0175 59 10 579.